

# Spangenberger Zeitung.

Zeitung für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Fernsprecher Nr. 27

Geheimt wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend  
Mittwoch für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementpreis pro  
Monat: 0.00 RM. frei ins Haus, einschließlich der Beiträge. Mein Garten, Mein Garten  
und ihre Welt, Der heitere Alttag, Reise und Erholung  
zogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird dem Schadenträger geleistet.



Teleg.-Adr. Zeitung:

Ausgaben werden die geschäftspflichten somm hohe (Welt) Zette oder deren  
Rum mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung  
entsprechender Rabatt. Namensloste pro Zette 40 Pf. Verbindlichkeit  
für Post, Datenverarbeitung und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmegerücht  
für Öffentl. und Kunststiftungen ausgeschlossen. Annahmegerücht  
berechnet. Zahlungen an Postcheckkonto Frankfurt am Main Nr. 2071  
berechnet. Zahlungen an Postcheckkonto Frankfurt am Main Nr. 2071

Nr. 123

Donnerstag, den 13. Oktober 1932

25. Jahrgang.

## Bertrauen überwindet Krise „Mit Hindenburg für ein neues Deutschland!“

### Kanzlerrede in München

vornehmste Aufgabe: Wiederherstellung der deutschen  
Weltgestaltung.

München, 13. Oktober.

Im Verlaufe seines Münchener Aufenthalts sprach Kanzler von Papen in der außerordentlichen Mitgliederversammlung des Bayerischen Industriellen-Verbandes. Kanzler von Papen begann seine Rede, die durch den Rundfunk auf alle deutschen Sender übertragen wurde, mit dem Bekenntnis zur deutschen Einheit und zur Weltgestaltung der deutschen Stämme und der deutschen Kultur. Sämtlich noch als Glück vergangener Zeiten habe uns das Jahr den letzten 20 Jahre gezeigt. Der Reichskanzler leitete dann zu den Aufgaben seines Ministeriums über und führte dies aus:

### Deutschlands Freiheit ein Unterpfand des Friedens

Die Hoheit des Reiches in seiner Weltgestaltung wieder zum Ausdruck zu bringen, ist die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung. Die Herstellung der vollen Souveränität, Freiheit und Gleichberechtigung eines großen kulturellen Polos ist ein Postulat, das von einem Staatsmann bestimmt werden kann, dem die Heiligkeit der Grundrechte der Bürger als das sichere Unterpfand des Friedens gilt. So wie wir den Frieden wollen, fordern wir die Grundrechte der Freiheit und Gleichberechtigung, denn sie sind die elementare Voraussetzung für das Gedanken auch der wirtschaftlichen Beziehungen innerhalb Deutschlands und unter den Völkern.

Angenommen steht das Abrüstungsproblem im Mittelpunkt des Interesses. Was bedeutet das für die Wirtschaft? Wir fordern gleiches Recht und gleiche Sicherheit wie alle anderen Völker. Wie kann unser Handel mit dem Auslande eindringen, wenn der deutsche Staat dort nicht das gleiche Recht genießt, wie jeder andere? Wer wird Kapital anlegen in einem Lande, das dem Zugriff seiner Nachbarn zugänglich preisgegeben ist?

Es ist uns allen noch in furchtbarem Erinnerung, wie 1913 der Einmarsch fremder Truppen in unser Gebiet die Reichsmark auf einen billionsten Teil ihres jetzigen Wertes stürzen ließ. Dieses Beispiel genügt, um zu zeigen, daß wir in unserem Kampf um die Gleichberechtigung zugleich um die Grundbedingungen unseres wirtschaftlichen Daseins kämpfen.

Es zeigt, wie unrecht die haben, die uns vorwerfen, wir hätten durch unsere Forderung nach gleicher Recht und gleicher Sicherheit die Ruhe Europas gefährdet, und die jene elementare Forderung jeden Lebensmenschen bei uns unzweckmäßig und ungut fanden. Nein, ohne die Erfüllung dieser Forderung wird die Mitte unseres Erdballs stets ein Hort der Unruhe bleiben, eine schwärrende Bunde am Körper Europas. Was wir wollen, ist keine neue Unruhe, kein Weltkrieg, kein tigerrischer Abenteuer.

Unser Ziel ist ein neues friedliches Europa, das geordnet ist nach den ewigen Gesetzen der Gerechtigkeit und Selbstbestimmung der Völker, auf die vertraut voll 1918 die Waffen aus der Hand legten.

Sei wenn die Völker unseres Kulturfeldes in einem jolchen Europa brüderlich nebeneinander leben, dann werden die Grundlagen vorhanden sein für das wahre wirtschaftliche und politische Vertrauen, die Grundlagen eines neuen, gemeinsamen Aufbaus der Welt."

Der zweite Teil der Kanzlerrede galt der Wirtschaftspolitik und den innerpolitischen Fragen. Über das Wirtschaftsprogramm äußerte sich der Kanzler dabei wie folgt:

„Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung hat in den Kreisen der Wirtschaft in seinem grundlegenden Teil einen starken und zustimmenden Widerhall gefunden, wie kaum eine Regierungsmaßnahme der Nachkriegszeit. Das steht natürlich nicht aus, daß Teilgebiete kritisch beurteilt werden. Der Leistung des Programms ist, Vertrauen zu schaffen, eine Auflösung der Misstrauens- und des jede Unternehmung lösenden Pessimismus zu erreichen. Der Anfangszeit hat sich bereits in einem Ausmaß eingestellt, das uns für die Zukunft hoffnungsvoll stimmen kann.“

### Erste Erfolge des Wirtschaftsprogramms

So ist im September eine Nettoabnahme der Arbeitslosenzahl um 123 000 erfolgt, im Gegenvorjahr zum September des Vorjahrs, der eine Zunahme um 140 000 Arbeitslosen brachte. Nun ist gewiß die sehr erfreuliche Besserung des Arbeitsmarktes das Ergebnis verschiedener zusammenwirksender Faktoren, die sich in ihrer Einzelwirkung nicht voneinander trennen lassen.“

Was immer man an diesem Programm im einzelnen trüglich auszufügen haben mag, es hat jedenfalls der Wirtschaft schon in den ersten drei Wochen seiner Laufzeit eine füh-

bare psychologische und materielle Entspannung gebracht. Es hat Arbeit und Brod geschaffen, und wir stehen doch erst am Anfang der Möglichkeiten, die sich aus dem Programm ergeben sollen. Wenn Hitler erklärt hat, das Wirtschaftsprogramm könne schon jetzt als erledigt gelten, so sprechen die von mir wiedergegebenen Tatsachen über die Gestaltung des Arbeitsmarktes überzeugend gegen diese Behauptung.

Zur Handelspolitik kann ich nur wiederholen: Den Gedanken einer grundlegenden Autarkie lehnt die Reichsregierung ab. Deutschland muß jede Arbeitsgelegenheit ausnutzen, die ihm der Auslandsmarkt heute noch bietet.

Über diese Erkenntnis darf nicht Nostalgie- und Wirtschaftsmaßnahmen zur Erhaltung der Lebensfähigkeit der Landwirtschaft hindern. Wir wollen keinen Wirtschaftskrieg. Ich erwarte, daß man sich im Auslande der besonderen Notlage unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung nicht verschließen. Es gibt ein Mittel für die an der Einfuhr nach Deutschland interessierten Staaten, die deutsche Konkurrenzpolitik überprüfung zu machen, nämlich für einen sühnbaren Abbau des industriellen Protektionismus in der Welt Sorge zu tragen. So wird der Kurs der deutschen Handelspolitik ganz wesentlich auch durch die Handelspolitik des Auslandes bestimmt.

### Sozialpolitik ist Geschäftsbewerbung

Was die sozialpolitischen Maßnahmen betrifft, ist man sowohl gegangen, von einer „Arbeiterfeindschaft“ der Reichsregierung zu sprechen. Wir vertreten aber keine „Militärdengelshrente“, sondern wir wollen nur möglichst viele Millionen von Arbeitslosen wieder Arbeits- und austreibende Existenzmöglichkeiten schaffen. Alles, was den Unternehmern leichter im Lande steht und zur Geschäftsbewerbung führt, ist Sozialpolitik im fruchtbarsten Sinne des Wortes. Von „Systemen“ kann niemand sehr wett. Wer wird so stark krisierte Ermächtigungsverordnung soll die sozialen Einrichtungen leistungsfähiger gestalten. Aus der wachsenden Beschäftigungszeit erwarteten die Versicherungsträger steigende Beitragseinnahmen.

### Erhöhte Unterstützungsätze im Winter

Daraus wird die Reichsregierung — vielleicht schon binnen kurzem — die erforderlichen Folgerungen zugunsten der Leistungsempfänger ziehen. Für den Winter hoffen wir in der Arbeitslosenhilfe die Unterstützungsätze erhöhen zu können. Über das hier mögliche Maß wird zur Zeit beraten.

In der Krankenversicherung sollen Bindungen, die die frühere Reichsregierung den Versicherungsträgern bei den freimütligen Mehrleistungen auferlegt hat, gelööst werden. Auch ist geplant, in der Rentenversicherung zunächst im befristeten Umfang an Stelle eines Teiles der früher abgebaute Leistungen freiwillige Mehrleistungen zu zulassen. Die Reichsregierung prüft auch, ob für die Kriegsbeschädigte und ihre Hinterbliebenen die Gewährung von freiwilligen Mehrleistungen erleichtert werden kann. Aufgabe der Sozialpolitik ist es, dort, wo die sozialen Bedürfnisse es verlangen, die Härten auszugleichen, eine freie Wirtschaft mit sich bringt.

In ihrer ersten Erklärung hat die Reichsregierung den Satz geprägt, daß der Wohlfahrtsstaat oder — wie ich unmissverständlich sagen möchte — der Verwaltungsstaat, so wie er in den letzten Jahren geworden ist, die moralischen Kräfte der Nation zu schwächen drohe. Die heutige Kritik dieses Sages geht von völlig falschen Voraussetzungen aus. Wir sind der Ansicht, daß die Gelehrten des letzten Jahrzehnts in einem viel zu hohen Maße dem Arbeitgeber aller Grade von der wichtigen Pflicht entlastet hat, zu allererst für den Arbeitnehmer zu sorgen. Gerade indem der Marxismus plausibel die Wirtschaft durch untragbare Lasten zerrüttet hat, ist er der Hauptfeind der dem Zusammenbruch der sozialen Einrichtungen.

Das schwere Werk, die deutsche Volkswirtschaft wieder zu neuem Aufstieg zu führen, kann nicht ohne das Vertrauen des Volkes gelingen. Die

### ungeheuren Leistungen des einzelnen und des Volkes,

wis z. B. die Überwindung der Banken- und Kreditkrise, berechtigen zu Vertrauen. Außerdem haben die reichen Kräfte des deutschen Volkes, namentlich seine unermüdliche Arbeitsamkeit, Deutschland immer wieder, auch nach schwerster Krisenzeit, zu neuer Blüte geführt.

### Starke Regierung und erste Kammer

Ohne stetige politische Verhältnisse kann Handel und Wandel des Volkes nicht gediehen. Die Weimarer Verfassung hat in einer Periode von 13 Jahren gezeigt, daß sie solche Verhältnisse nicht schaffen konnte. Alle unsere großen Parteien sind in der Reformbedürftigkeit der Verfassung einig. Ich stimme zu, daß die Periode der Gesetzgebung durch den Artikel 48 einmal abgeschlossen werden muß.

Wir wollen eine mächtvolle und überparteiliche Staatsgewalt schaffen, die über den politischen und gesellschaftlichen Kräften unerschütterlich steht wie ein roher Drache. An den großen Grundgesetzen, die der Teil II der Weimarer Verfassung enthält, soll man nicht rütteln, aber die Formen des politischen Lebens gilt es zu erneuern und den Bedürfnissen des Volkes anzupassen. Die Reichsregierung muß unabhängig von den Parteien gestellt werden. Ihr Bestand darf nicht Zufallsmechanismen ausgeliefert sein. Die Regelung und nicht das Parlament muß die Staatsgewalt handhaben. Als Gegenwert gegen einzelne, von Parteiinteressen herbeigeführte Beschlüsse des Reichstages bedarf Deutschland einer besonderen Ersten Kammer mit fest abgegrenzten Rechten und starker Beteiligung an der Gesetzgebung. Es ist beachtigt, die Verfassungsreform in dem Einvernehmen mit den Ländern durchzuführen.

Die geschichtlich gewordenen deutschen Staatsgebilde sollten nicht vergewaltigt werden.

Die Reichsregierung lehnt jede Maßnahme ab, die eine

Verhälzung Preußens bedeutet.

Die Erhaltung Preußens in seinem Bestand als staatsrechtliche Einheit wird nicht nur von Preußen als eine selbstverständliche Forderung angesehen, sie dürfte auch von den anderen Ländern als Sicherung gegen eine Mediatisierung der außerpreußischen Länder betrachtet werden.

Das Schwergewicht der Reichsreform muß in der Belebung des Dualismus Reich—Preußen liegen. Im Zusammenhang mit der Herstellung einer organischen Verbindung zwischen Reich und Preußen wird es durchaus möglich sein, den übrigen Ländern die Verfassungsautorizität zu gewähren. Die Reichsregierung wird den Verfassungsentwurf so fertigstellen, daß der neue Reichstag ihn bei seinem Zusammentreffen vorfindet. Möge er beweisen, daß er dieser großen Aufgabe gewachsen ist.

Die Bänder der Weimarer Verfassung haben in der Institution des Reichspräsidenten eine zugleich demokratische und autoritäre Gewalt geschaffen — die einzige, die sich heute auf eine Mehrheit des Volkes stützen kann. Mit dem Eid, den der Reichspräsident geschworen hat, ruht die Verfassung als Schiedsgericht des Volkes in seiner Hand. Wir haben heute das Glück, einen Reichspräsidenten zu besitzen, in dessen ehrwürdiger Gestalt sich die tragenden Kräfte unserer Vergangenheit mit zukunftsloser Führung verbinden. Er wird sorgen, daß Bismarcks *Imperium* wieder die Hoffnung der kommenden Geschlechter wird.“

### Auseinandersetzung mit Hitler

Der Reichskanzler sprach dann über die Vorgänge am 13. August. Das Angebot des 13. August habe die NSDAP einen Anteil an der Macht im Reiche und Preußen gegeben, der ihr entschieden Einfluß gezeigt hätte. Hitler habe aber den Kanzlerposten beansprucht, und zwar aus dem Prinzip der „Ausgeschlossenheit“ heraus, dem seine Partei huldige. Es sei eine falsche Darstellung, wenn die NSDAP behauptet, sie habe gar nicht die Macht gefordert. Der Reichspräsident habe den Anpruch der Totalität abgelehnt, und zwar nur aus prinzipiellen Gründen. Den unüberbrückbaren Unterschied zwischen einer

### konservativen Politik aus dem Glauben

und einem nationalsozialistischen Glauben zur Politik sehe er darin, daß die NSDAP den Charakter einer politischen Konfession angenommen habe.

Die Nation verlangt heute von jeder Bewegung, daß sie so handele, als ob sie das geistige, soziale und politische Gewissen der Nation sei. Handele sie nach Gerechtsamepunkten der Massenwerbung, dann sei sie eine politische Partei geworden. An Parteien aber sei das Reich fast zugrunde gegangen.

Die Reichsregierung hat — so beendete der Kanzler dann seine Rede — als oberstes Ziel ihrer Innenpolitik die Vereinigung aller wahrhaft nationalen Kräfte proklamiert. Das Ziel bleibt unveränderlich bestehen, auch wenn die Wege heute auszutauschen scheinen. Nicht kann das Vertrauen in den Aufstieg der Nation mehr hindern, als Regierungen, die abhängig sind von jeder Störung. Die Art der Staatsführung der Parteiaristokratie ist im Urteil des Volkes erledigt. Die Regierung ist entschlossen, den ihr vom Reichspräsidenten erteilten Auftrag der Neuordnung unseres Staats- und Wirtschaftslebens bis zum Erfolg durchzuführen. Sie hat dazu den Willen und die Macht. Ich zweife nicht, daß der Erfolg ihr das heute schon fühlbare Vertrauen der breiten Massen vollends gewinnen wird. Das Volk — Reich und Länder — sie müssen das neue Deutschland bauen. So möge von den Alpen bis zur Memel der unerschöpfbare Kraftstrom des *Imperium*, der unerschöpfbaren Idee des heiligen Deutschen Reiches, durch die Länder eilen. Mit Hindenburg für ein neues Deutschland!

## Zweiter Verhandlungstag

— Leipzig, 12. Oktober.

Im Auftrage der Reichsregierung gab Ministerialdirektor Dr. Gottheiner nach längeren Auseinandersetzungen mit ausdrücklicher Zustimmung des Reichsanzlers vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich folgende Erklärung ab: Eine Vereinbarung des Reichsanzlers mit Hitler über ein Vorgehen gegen Preußen ist nicht getroffen. Verhandlungen darüber haben zwischen ihnen nicht stattgefunden. Auch die Aushebung des Uniformverbots, die Wiederzulassung der SA und die Wiedergewährung sonstiger politischer Freiheiten waren nicht Gegenstand von Vereinbarungen zwischen dem Reichsanzler und Hitler, gehörten vielmehr von vornherein zum Programm der Reichsregierung, die von sich aus entschlossen war, aus Gründen der Gerechtigkeit Ausnahmeverordnungen gegen die Nationalsozialisten zu bestimmen.

An sich stand die Reichsregierung nach der Veröffentlichung des Artikels *Soverings zum Wiedereinsatz eines des "Vorwärts"* dicht vor der Einschaffung des Reichskommisariats. Sie hat noch einmal zugewartet, weil Sovering sich gegen die Kommunisten ausgesprochen hatte. Als dann aber die Rede Soverings in der Tennenbaumeile, nach der er die ganze Reichsregierung zum Teufel jagen wollte, musste die Reichsregierung wohl einschreiten.

Ministerialdirektor Dr. Brecht verfasste dann einen Auftrag Soverings für Ruhe und Ordnung, der im "Vorwärts" erschien ist, um zu beweisen, daß der damalige preußische Innenminister Sovering alles getan habe, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Als Dr. Brecht dann weiter eingehend die Bemühungen um eine Teilnahme der Nationalsozialisten an der Regierung behandelte, beendete der Vorsitzende weitere Auseinandersetzungen mit der Bewerfung, es bestelle wohl kein Streit darüber, daß der Reichspräsident und der Reichsanzler bereit gewesen seien, Nationalsozialisten in die Regierung aufzunehmen. Daß darüber Befreiungen stattgefunden hätten, und daß unter Umständen auch die Bestimmungen festgelegt worden seien, unter denen eine solche Aufnahme gelingen könnte, sei ebenfalls zweifellos. Man brauche sich darüber nicht mehr zu unterhalten. — Der Staatsgerichtshof wandte sich dann dem zweiten Teil der Hauptfrage zu:

"Was ist entstanden durch die Verordnung vom

20. Juli 1932?"

Es sollen dabei nur die Tatsachen und ihre rechtliche Bedeutung erörtert werden, während die Frage ihrer Zulässigkeit in einem späteren Stadium zur Verhandlung kommen soll. Ministerialdirektor Dr. Brecht schilderte zunächst die Abseitung der Minister, die am ersten und zweiten Tage von der Reichsregierung als vollständig und endgültig gedacht gewesen sei, später allerdings als bloße Suspension umgedeutet worden sei. Eine Vorwegnahme der Entstehung des Staatsgerichtshofes stellten die leichten Veränderungen im Verwaltungsbüro dar. Der Vorsitzende möge durch eine Einstellungsfürsprache oder eine ähnliche Maßnahme Sicherungen gegen weitere Veränderungen in der Beamtenzahl während der Dauer des Prozeßes schaffen. Ministerialdirektor Dr. Gottheiner protestierte gegen die Behauptung, als sei die Ministerabseitung zunächst endgültig gedacht gewesen. Dem widerstrebt auch der Passus: "Für die Geltungsdauer dieser Verordnung" im Vorlaut der Verordnung. Niemals hätten sich der Reichskommissar und die mit der Leitung der preußischen Ministerien beauftragten Personen als Minister bezeichnet. Die kommissarische Staatsregierung habe sich bezüglich der Beamtenennennungen zunächst einer starken Juristurahrt befreist, weil sie angenommen habe, daß das Provisorium von verhältnismäßig kurzer Dauer sein würde. Im übrigen sei die kommissarische Regierung berechtigt, bei der Führung der preußischen Regierungsgeschäfte auch Maßnahmen von dauernder Wirkung zu treffen.

### Der Standpunkt der Länder

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof kamen am Dienstagnachmittag die Vertreter Bayerns und Badens zum Wort. Der bayerische Staatsrat von Jan verlangte eine Feststellung darüber, was unter allen Umständen im Hinblick auf den bundestaatlichen Charakter des Reiches nicht gemacht werden kann. Die Länder wollen, daß die ihnen automatisch Rechte unentzogenen bei ihnen verbleiben. Die Reichskommissariatsregierung sei keine Landesregierung. In einem Lande könne nur eine Landes-, nicht aber eine Reichskommissariatsregie-

rung bestehen. Wenn also einer Landesregierung Beschlüsse genommen würden, so bleibe ihren Ministern mindestens die Bejurkung zur Vertretung des Landes im Reichsrat. Bayern wolle vom Staatsgerichtshof wissen, ob diese Auffassung gerecht ist.

Der Vertreter Badens erklärte, die badische Regierung sei von dem Gedanken ausgegangen, daß das, was in Preußen geschiehe, jederzeit auch in Baden geschehen könne. Sie legte Wert auf die Feststellung der Grundsätze, die sich auf Grund des bundestaatlichen Charakters des Reichs für die Ergreifung von Reichsmahnahmen gegen die Länder regieren.

### Papens Programm

Die Mitgliederversammlung des Bayerischen Industriellen-Verbandes, die durch die Kede des Reichsanzlers von Papen weitlich Beachtung gefunden hat, stand unter dem Motto: "Vertrauen schafft Arbeit und Bro". Dieses Motto, meinte der Präsident des Industrieverbandes, Geheimrat Böhringer, gelse auch von dem Besuch des Reichsanzlers, denn der Reichsanzler sei nach München gekommen, um Vertrauen einzuflößen. Neben die Aufnahme, die das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung in der bayerischen Industrie gefunden hat, äußerte Geheimrat Böhringer, der Appell an das Unternehmertum werde allese gebilligt. Kritik werde jedoch an den Einzelheiten des Wirtschaftsprogramms geübt. Äußerlich äußerte Geheimrat Böhringer dabei insbesondere gegen die Kontingenzierungspolitik der Reichsregierung, wie diese Maßnahmen ja auch von anderen Industrieverbanden und Industrieführern kritisiert worden sind.

Politisch bedeutsam — gleichgültig wie man dazu steht — ist der Teil der Kanzlerrede, der dem Umbau des Staates wesens gewidmet ist, zumal ja die damit zusammenhängenden Fragen gerade während der Anwesenheit des Kanzlers in München eine große Rolle gespielt haben dürfen. Nach den Darlegungen des Reichsanzlers ist nun die Reichsregierung fest entschlossen, die Reform der Reichsverfassung mit dem Ziel einer Stärkung der Autorität der Regierung und der Beseitigung des Dualismus Reichs-Baden durchzuführen. Der Weg, der dazu eingeschlagen werden soll, führt nach den Mitteilungen des Kanzlers über die Errichtung einer Ersten Kammer.

Sachlich sind diese Pläne nicht neu, vielmehr hat schon der Reichsminister des Innern, Freiherr von Gaál, in seiner Verfassungsrede im Reichstag ähnliche Maßnahmen als notwendig bezeichnet. Neu ist aber, daß die Reform der Reichsverfassung so beschleunigt werden soll, daß die entsprechenden Vorlagen dem neuen Reichstag bei seiner Eröffnung bereits vorliegen. Es steht also bereits heute fest, daß der Reichstag, der am 6. November gewählt werden wird, politische Kämpfe von größter Heftigkeit durchzuführen und Entscheidungen von größter Tragweite zu treffen haben wird. An der politischen Hochspannung in Deutschland wird sich also so rasch nichts ändern.

Im weiteren kann man der Kanzlerrede noch entnehmen, daß die Reichsregierung die Möglichkeit einer Erhöhung der Unterstützungsfälle in der Arbeitsförderung für den Winter und weiter die Möglichkeit der Wiederzulassung freiwilliger Mehrlieferungen in der Sozialversicherung prüfen will. Grundsätzlich legt der Reichsanzler bei dieser Gelegenheit den Standpunkt der Regierung in der Frage der Sozialpolitik dahin fest, die fruchtbare Sozialpolitik sei eine Politik der Geschäftsbeteiligung, weil es in unserer Situation darauf ankomme, die Arbeitslosen von den Strafen hinweg und in die Fabriken zu bringen.

Was die Auseinandersetzungen des Reichsanzlers mit der nationalsozialistischen Bewegung betrifft, zeigen die Ausführungen des Kanzlers, daß die Gegenseite zwischen dem Reichstabinett und der NSDAP größer stell geringer geworden sind. Am gleichen Tage, an dem der Reichsanzler von einem „unüberbrückbaren“ Unterschied zwischen der konservativen Politik aus dem Glauben und dem nationalsozialistischen Glauben aus "Politik" gesprochen hat, hat übrigens auch der Führer der NSDAP, Adolf Hitler, in Günzburg in Schwaben in seiner ersten Wahlrede im neuen Wahlkampf mehrmals das Programm der NSDAP gezeichnet und dabei das Wirtschaftsprogramm der Regierung von Papen mit großer Schärfe verworfen. So ist gleichzeitig von beiden Seiten deutlich gemacht worden, daß in der deutschen Innenpolitik die Wege in den letzten Wochen weiter einandergeföhrt haben.

Der liegt unter einem Berg von Eisen und Holz und ist vollkommen zertrümmert. Da ist keine Hoffnung."

Eisfalt griff es allen als Herz

Schulenburg und Seeliger sahen sich an.

Tränen liefen ihnen über die Wangen und sie schämten sich ihrer nicht.

"Der zweite Wagen . . . Markgraf und die Kinder!" schluchzte der alte Seeliger.

Grau Ingrid sah an diesem Abend mit ihrer Mutter zusammen.

Und Rebete die alte Frau auf die Tochter ein. Ingrid schwieg zu allem. Sie war innerlich zermürbt und hatte nichts als Schlußflucht nach Frieden. Der Kampf ging über ihre Kräfte.

Berbissen lämpste die Mutter um die Tochter.

Sie drängte zur Entscheidung. Aber Ingrid schüttete den Kopf.

Wölkig schrillte das Telefon.

Die Frauen fuhren zusammen.

Was hatte das zu bedeuten?

Mit seltsam klopfendem Herzen nahm Ingrid den Hörer ab und meldet sich.

Wenig Augenblüche später schrie ein Schrei der Verzweiflung durch das stillle Haus.

Der alte Darius stürzte aus dem Zimmer, sah seine Tochter, den Hörer in der Hand und mit weit aufgerissenen, verzweifelten Augen an der Wand lehnen.

Und sie schrie, daß ihm das Herz stehen zu bleiben drohte.

"Vater . . . schreie sie. Nur das eine Wort brachte sie heraus.

"Um Gottes willen, Kind, was ist gelungen?" drängte der Vater.

Aber sie war keines Wortes mehr mächtig. Verzweift gellte ihr schauerlicher Ruf: "Vater!" durchs Haus.

Die Bewohner hörten ihn alle und sprangen aus den Betten.

Was war gelungen?

"Sprich doch, Ingrid!" drängte Darius sein Kind.

Sie umklammerte ihn. "Vater . . . Rainer . . . die Kinder . . . ein Eisenbahnglücht . . . sie . . . liegen unter den Trümmerln!"

Der Mann mußte sich stützen. Ein qualvoller Laut entfuhr seiner Brust.

Keine Meinungsverschiedenheiten kann es geben, wenn der deutschn Kampf in der Abrüstungsfrage geben kann. Der Kanzler in München feststellt, das höchste Interesse des Friedens sei die Wahrung der Heiligkeiten der Völker. Grundrechte, dann kann das nur durchgestrichen werden. Denn die Heiligkeit der Verträge, dann kann das nicht vorhanden, als diese Verträge Dictate ist, ist so lange nicht vorhanden, als diese Botschaft in seiner Poststunde unter Gewaltmauerung auferlegt worden sind.

### Die Pflicht der Länder

Ausführungen der Staatsrechtslehrer in Leipzig.

— Leipzig, 13. Oktober.

Der dritte Tag der Beweisaufnahme vor dem Staatsgerichtshof begann mit einer Erklärung des Vertreters des Ministerialdirektors Dr. Gottheiner seine Bemerkung, der früher prahlende Behauptung für befriedigt erklärt, nicht mehr aufzuhalten.

Das Wort erhält dann der Staatsrechtslehrer Prof. Dr. Billinger. Über den Begriff der Pflicht eines Landes ordnete Prof. Billinger aus, daß damit eine allgemeine ordnungspflicht des Landes als Glied des Reiches gemeint sei. Dazu ist in gewissem Umfang eine Gehörigkeitspflicht des Landes gegenüber dem Reich. Also gehört zu dieser Pflicht des Reiches verhindert werden und das seine Durchkreuzung der Außenpolitik des Reiches erfolge.

Im vorliegenden Falle sei ein Verstoß der preußischen Regierung bereits durch das Gewährenlassen gewisser Handlungen gegeben.

Ministerialdirektor Dr. Brecht erwiderte, eine militärische Pflichtverleihung müsse Preußen nahegelegt werden. Es müsse eindeutig festgestellt werden, daß das Land Preußen seine Pflichten gegenüber dem Reich verletzt hat. Es müsse festgestellt werden, welche Pflichten verletzt worden sind und auf welche Art diese Verleihung erfolgt ist. Neben erläutert dann noch, die Rede Soverings habe ganz anders gelautet, als die Reichsregierung das darlegte.

Für Bayern gab anschließend Staatsrat von Jan eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: "Das Treupflicht des Landes steht nirgends in der Reichsverfassung. Die Erfüllung ist nur zulässig bei Verletzungen der Reichsverfassung durch die Länder. Sie erheben schärfsten Widerstand gegen die hier geäußerte Auffassung von der Treupflicht und die Annahme einer allgemeinen Gehörigkeitspflicht."

Dann wurde dem Vorsitzenden von der fragenden Partei ein Antrag überreicht, demzufolge dem Vorgehen der Reichsregierung gegen Preußen Verhandlungen mit der Nationalsozialisten über die Unterstützung des Kabinetts von Papen durch sie vorausgegangen seien. Beantwort wird die Zeugenvernehmung des Freiherrn von Gleichen, Wolf, Schlesier, des Reichsanzlers von Papen, des Reichswehrministers von Schleicher und des Staatssekretärs Blaas.

### Tagung der Hausfrauen

Eine Rede des Reichsnährungsministers v. Braun.

— Berlin, 13. Oktober.

Reichsnährungsminister Freiherr v. Braun hielt an der Tagung des Verbandes der Landwirtschaftshausfrauen eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: Die Landfrau ist in jedem Bauernhof, auf jedem Landgut ein wichtiger Faktor. Eine Wirtschaftsrechnung, in die die Arten der Bäuerin nicht eingefügt wird, müßt falsch sein. Bei der immer stärker sich entwickelnden Unabhängigkeit Deutschlands von dem Bezug landwirtschaftlicher Produkte aus dem Auslande hat die Landfrau die Pflicht, umso härter die Regelung des Abwesens im Inneren zu betonen. Nachdem der Minister noch darauf hingewiesen hatte, daß die Bevölkerung Deutschlands nach den politischen Berechnungen am Ende unseres Jahrhunderts, falls nicht doch noch eine entscheidende Wendung eintritt, nur ein Drittel kleiner sein dürfte als gegenwärtig, schloß er seine Rede mit dem Satz:

Das Landvolk war noch immer die blutähnige Kraftquelle unseres ganzen Volkes. Gerade darum ist die Agrarpolitik eine nationale Angelegenheit ersten Ranges. Landfrau, die geboren ist, darf auf keinen Fall ohne die Pflichten der Landesregierung gehandelt werden.

Er ergriff . . . das kann nicht sein . . . das kann nicht sein! Er ergriff den Hörer.

"Hört Darius. Was . . . was ist geschehen? Mein . . . Schwiegerohn . . . und die Kinder . . . die Kinder . . . der von Schulenburg . . . die Kinder auch? Wir . . . ja . . . wir . . . wir fahren . . . sofort los! Da . . . mit dem Auto . . ."

Er hängte wieder ein und sah seine Frau wie ein Dreet an. Agnes . . . auf . . . du gehörst? Rainer . . . und die Kinder . . . verunglückt!

"Ich hab's nicht wollt, daß er die Kinder minnimmt! Ich schaue ihn die Frau an, wie eine Wahnsinnige. Alle Samtlichkeit war von ihr gewichen. Die . . . Kinder . . . die Kinder! Er hat sie in den Tod gerissen! Er ist schuld!"

"Schweig!" brüllte der Mann. "Schweig, Weib!" Dann ging er zum Apparat, und mit vieler Mühe gelang es ihm, ein Auto zu bestellen.

In Berlin. Uraufführung des Tonfilms: "Das lebte Tor." Das prominente Berlin war vollzählig verkommen. Bei Victoria-Theater bot ein glänzendes Bild, an dem ein Modezettel seine Freude gebahnt hätte.

Auch die Künstlerchar, die am Tonfilm mitgewirkt hatte, war vollzählig verkommen, bis auf einen . . . den besten. Rainer Markgraf fehlte.

Der Film begann. Die große Kunst erlebener Künste: begeisterte das Publikum derart, daß bereits nach dem ersten Akt stärkster Beifall eintrat.

Witten im dritten Akt rief plötzlich der Film ab. Eine heitere Stimme hatte in den Vorführungsraum geschrien: "Sofort abbrechen! Befehl von Herrn Hammel!" Das Publikum sah sich unruhig an.

Was war geschehen? Hammel trat vor die Leinwand, gestützt von einem seiner Künstler. Was war geschehen? Warum sah Hammel so erschüttert aus? Er vermochte ja kaum zu sprechen.

Pommel trat vor die Leinwand, gestützt von einem seiner Künstler. Was war geschehen? Warum sah Pommel so erschüttert aus? Begeisterung! Sie rief heiter in den großen Raum. Der Film kann nicht weiter vorgeführt werden. Durchsetzung! Unser großer Markgraf . . . er ist nicht mehr!

(Fortsetzung folgt)

## der Sprecher Markgraf

EIN FUNK- UND FILM-ROMAN VON WOLFGANG MARKEN  
URHEBER-BECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(54. Fortsetzung.)

"Ich bin der Intendant der Berliner Funkstunde, von Schulenburg. Bitte, lassen Sie uns durch. Unter Sprecher, Herr Markgraf, ist unter den Passagieren des Dr. Juges. Wir müssen Gewißheit über sein Schicksal haben."

Herr Offizier ergraut. "Herr Markgraf . . . Herr Gott im Himmel . . . der Mann . . . auf das noch!"

Er führte die Angelkommen zu dem leitenden Baurat und stellte sie vor.

"Markgraf . . . mit seinen Kindern! Das ist furchtbar! Das wäre nicht auszudenken!"

"Jedes Menschenleben ist wertvoll, Herr Baurat!" sagte Schulenburg. "Aber Sie werden verstehen, daß es uns ganz besonders um den Mann mit seinen Kindern geht. Zwei Kinder . . . seines Kindes!"

"Wir wollen gleich feststellen, ob er unter den unverletzten oder geborgenen Passagieren ist."

Die Feststellung war niederschmetternd. "Markgraf und seine Kinder waren nicht unter ihnen."

"Man müßte den Schaffner fragen!" sagte Schulenburg. "Vielleicht kann er sich befinden."

"Der Mann ist vollkommen fertig. Schwerer Nervenschlag . . . aus dem dem bringt keiner etwas heraus."

"Lassen Sie uns uns probieren." Man versuchte es.

Der Mann starrte sie böde an, dann schüttete ihn wieder der Weinkrampf.

"Mann, denken Sie nach, benennen Sie sich! War ein Mann mit zwei Kindern unter den Passagieren? Reden Sie doch!"

"Es hat keinen Zweck, Herr Intendant!" fiel der Arzt ein. "Doch nun niente der Schaffner."

"Im . . . zweiten Wagen!" stammelte er und wieder brach er in den Weinkrampf aus.

"Der zweite . . . Wagen, Herr Baurat?" fragte Schulenburg. Er mußte sich jedes Wort abringen.

Spanenberg, den 18. Oktober 1932.

Es zieht!

... oft hört man, sobald in einem Verkehrsverkehrzeug einem Raum, in dem eine größere Anzahl von Menschen zusammen ist, ein Fenster oder die Tür geöffnet werden, auf angstlichen Leuten den Schreckensruf: „Es

ist richtig, draußen steht schon ein frischer Herbstwind, aber die Furcht vor einem kurzen, frischen Windstoß ist unbegründet. Unter der Einwirkung der kalten Luft ziehen sich die Poren der Haut zusammen, um sich nach

dem Gefühl des Durchströmens behaglicher Wärme, also nur angenehm und der Abhöhung unserer Haut keinen Schaden zu tun. Anders liegt der Fall, wenn kühle Luft, z. B.

ein schlecht schließendes Fenster, dauernd, gleichsam auf dem menschlichen Körper einwirkt. Dieser

wirkt auf den menschlichen Körper einwirkt. Dieser Windstoß erzeugt nämlich keinen Hauteiz, sondern eine Wühlung an bestimmter Körperstellen, wie Hals, Schultern und Schnupfen, Hustenheumus und Hegenabfall, nur nicht so ängstlich sein, auch wenn es

in der Straßenbahn oder einem Raum durch einen Dosten des Fensters oder der Tür einmal zieht.

Bei angebrachter ist die Sorge um unsere Gesundheit gegenüber anderen Gefahren, die uns aus dem engen Beziehungen und der hygienischen Unzogenheit vieler Menschen entwischen. So sind jetzt im Herbst Erkältungsankäufe an der Tagesordnung.

Eine besondere Unsicherheit und Ungezogenheit ist es, wenn

Winden, die stark erlaufen sind, einfach herhaft draufstoßen,

ohne sich das Taschentuch vor Mund und Nase zu

halten oder sich zum mindesten beiseite zu wenden, um die

Gesundheitsfeinde nicht auf andere Menschen zu übertragen.

Sagen die Kinder sollte man dazu erziehen, diese Rücksicht

zu beobachten, denn „Angewohnt, ist alt getan.“

**Wochenkarten für Angestellte!** Nach den Ermittlungen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte gehörten im ersten Vierteljahr 1932 66,29 v. h. der versicherungsfreien Gehaltsklassen unter 200 Mark an. Es darf als unmöglich angesehen werden, daß gegenwärtig mindestens 70 bis 75 Prozent der Angestellten in einem Einkommen unter 200 Mark monatlich verbleiben. Sie sind also finanziell kaum günstiger gefiebert als die Arbeiter.

Zu diesem Grunde hat der GDA in einer Eingabe an die Reichsversicherungsanstalt seine Forderung auf Ausdehnung der Wochenkarten-Ausgabe auf die Angestellten wiederholt.

**Wieder Pflege des kolonialgedankens in den Schulen.**

Im Sinne des Beschlusses des Landtages und zahlreicher Eingaben des Deutschen Kolonialgesellschaft hat der mit der Bahnnehmung der Geschäfte des preußischen Ministers für Kolonialität, Kunst und Volksbildung beauftragte Staatssekretär Lommers im Zentralblatt für die gesamte Unterwerbung in Preußen einen Erlass veröffentlicht, in dem unter Aufhebung des Erlasses vom 3. 6. 1930 in Übereinstimmung mit einem bereits von Kultusminister Henrich in Jahre 1919 herausgegebenen Erlass bestimmt wird, „daß der heranwachsenden Jugend der koloniale Gedanke gezeigt und das Verständnis für die Bedeutung überseeischen Gewerbes geweckt und vertieft wird.“ Die Provinzialschulkollegien und die Regierungen werden erachtet, der Förderung des kolonialen Gedankens in den ihnen unterstehenden Schulen die Aufmerksamkeit zuzuwenden.

**Öffentliche Versammlung.** Nachdem vor

noch 14 Tagen in Spanenberg die Vorbereitung für die Gründung einer Ortsgruppe des deutschen Nationalvereins getroffen wurden, soll am kommenden Sonnabend im Bertramshaus Saale eine öffentliche Versammlung stattfinden, in der die Zielle und Einstellung des neuen Vereins bekanntgegeben werden.

**Öffentliche Kundgebung.** Die Ortsgruppe Spanenberg der NSDAP veranstaltet am Sonntag im Bertramshaus einen Kulturabend mit einer öffentlichen Kundgebung. Die Ablösung des Programms ist aus dem Interat in dieser Nummer ersichtlich.

**Es brennt!** Gestern Abend gegen 28 Uhr entzündete die Feuerlöscher. Alles war in größter Aufruhr, doch umsonst. Es war blinder Alarm. Als Brandobjekt galt das Wenzelsche Anwesen auf der Aue. Die Freiwillige Feuerwehr war mit sämtlichen Geräten schnell zur Stelle.

**Jeder Wahlberechtigte braucht einen Wahlschein,** um am 6. November wählen zu können. Wer bis zum 20. Oktober keinen Wahlschein bekommt, ist nicht in die Wahlurne eingerichtet. Es empfiehlt sich, in der Stimmliste, die vom 16.—23. Oktober im Rathaus zur Einsicht ausliegt, nachzusehen, ob die Eintragung erfolgt ist.

**Meldungen.** Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich im städtischen Steinbruch. Bei dem Losbrechen von Steinen stürzte plötzlich größere Gesteinsmassen herab, die den im freiwilligen Arbeitsdienst stehenden Arbeiter Adolf Gombert unter sich begruben. Der Bedauernswerte erlitt einen komplizierten Unterschenkelbruch, sowie Kopfverletzungen. Er mußte dem häutischen Krankenhaus eingeführt werden.

**Herschel.** Auf dem Grundstück des Gärtners Paul im Ententeich wurde wiederholt Kraut gestohlen. Der Besitzer lauerte nun mit seinem Gehilfen den Tätern auf. In der Tat kamen gegen 9 Uhr abends drei Personen, die sofort daran gingen, Kraut abzuschneiden und zum Abtransport zurecht legten. Als Paul und sein Gehilfen ihnen entgegneten, wurden sie mit Messern bedroht und mußten es mit ansehen, wie die Diebe ihre „Arbeit“ verrichteten und dann das gestohlene Gut mitnahmen. Wie verlaufen sind die Täter erkannt und werden ihrer Bestrafung nicht entgehen.

**Dillenburg.** Im Kreisort Schonbach machte der Landwirt Ernst Vog durch Erhängen in der Scheune seinem Leben ein Ende. Die Beweggründe der Tat sind unbekannt.

**Marburg.** Vor dem hiesigen Schöffengericht hatte sich ein Mann aus dem früheren Kreis Kirchhain zu verantworten, dem man zur Last legte, sich an seiner Tochter in unstilllicher Weise vergangen zu haben. Die Anklage war auf Grund von Aussagen der Ehefrau des Angeklagten sowie dessen Tochter erfolgt. Im Ver-

Sonntag, den 16. Oktober auf dem hiesigen Sportplatz

## Handball-Serienspiel

zwischen Spangenberg und dem stärksten Gegner der Gau-Klasse — Körle.

lauf der Verhandlungen widerrief die Ehefrau die früher gegen ihren Mann vorgebrachten Verdächtigungen und entschuldigte sich damit, daß sie ihren Mann nur loswerden wollte, der sie geschlagen habe. Auch die Tochter, eine geistig und körperlich völlig minderwertige Person, führte ihre früheren Aussagen auf Anstiftung der Mutter zurück. Der Angeklagte, der längere Zeit in Untersuchungshaft gesessen hat, wurde darauf freigesprochen.

**Arolsen.** Zu einem Aufzug kam es in der oberen Bahnhofstraße. Zwei Hunde, ein Wolfshund und einer jener großen, anscheinend Mode gewordenen schwarz-braunen Mehzerhunde, verfolgten eine Rose, holten sie aus dem Hause heraus und zerissen sie buchstäblich auf offener Straße. Die zahlreichen Frauen, die auf das Geschrei herbeieilten oder an den Fenstern erschienen waren, gaben ihrer Entzückung über die widernatürliche Szene und die vielen Hunde, die den ganzen Tag auf der Straße und vor den Häusern umherlungen, Ausdruck.

## Aus Stadt und Land

\* Goethe-Medaille für Mitglieder der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft. Der Mitgliederversammlung der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft am Dienstag

reiche Reichsinnenminister Freiherr von Gaal mit, daß der Reichspräsident u. a. folgenden Mitgliedern der Notgemeinschaft die Goethe-Medaille verliehen habe: Staatsminister Dr. Schmidt-Ott, Geheimer Regierungsrat Prof. Dr. Haber, Prof. Dr. Gart, Friedlich von Siemens, Geheimer Regierungsrat Prof. Dr. Schreiber, Geheimer Regierungsrat Prof. Dr. Krüger, Generaldirektor der Staatsbibliothek. An den Reichspräsidenten von Hindenburg wurde ein Jubiläustelegramm gesandt, in dem die Verleihung der Goethe-Medaille gedankt wird.

\* Wegen Spionage erschossen. Das Lubliner Militärgericht verurteilte den Befreiten des 24. Infanterieregiments Wladislaus Hofmann wegen Spionage zum Tode. Da der polnische Staatspräsident von seinem Gnadenrecht keinen Gebrauch mache, wurde das Urteil sofort vollstreckt.

\* 16 Verlehrte bei der Entgleisung des Schnellzuges Paris-Basel. Bei der Entgleisung des Schnellzuges Paris-Basel wurden 16 Personen verletzt. Der Zug fuhr mit 110 Stundenkilometern Geschwindigkeit, als die Lokomotive aus den Schienen sprang. Wodurch durch ein Wunder entgleisten nur der Postwagen, der Gepäckwagen und ein Wagen I. und II. Klasse.

\* Ein Deutscher und zwei Ungarn in Frankreich verunglückt. Der 28jährige deutsche Staatsangehörige Ullrich und zwei ungarische Arbeitgenossen wurden bei Corps (Akte) von einem mit Beton gefüllten Betonfass erschlagen, der von 60 Meter Höhe auf eine Gruppe Arbeiter in Folge Verlust eines Trosts abstürzte. Sechs Arbeiter, ebenfalls zum größten Teil Ausländer, wurden verletzt.

**Brotsuppe.** Zu einer Suppe — je nachdem man sie dicke oder flüssig liebt, nimmt man 2—3 Oberassen voll geriebenen Weißbrot. Alles in köchendes Wasser geben, läßt man ca. 20—25 Minuten langsam köcheln, nimmt vom Feuer, zerquirlt in etwas Wasser ein Ei und einen Esslöffel Maggi-Würze, röhrt dies nebst einem Stück guter Butter und dem nötigem Salz an die Suppe und erhält so eine, auch jedem Kranke wohlbehüllende, leicht verdauliche, nahrhafte Suppe von großem Wohlgeschmack.

\* Ein rechter Junge kennt sich aus! Er will nicht nur Fußball spielen oder mal schwimmen gehen, ihn interessiert jede Sportart breit, auch wenn er vielleicht selbst nicht ausübt. Immer wieder können wir die Erfahrung machen, daß gerade von unseren jugendlichen Lesern der Sportteil richtig verschlungen wird! Jede einzelne Phase des Kampfes wollen sie genau verstehen und darüber Bescheid wissen, wie das Resultat standgekommen ist. Wieviel tausend Fragen gibt es da! Aber auch Antworten! Den diese erhebt das Handbuch des Sports. Sie bekommen es für 70 Pfennig in den durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften oder von „Sanella“, Postfach 125, Berlin C 2 gegen Einsendung von 70 Pf. in Briefmarken. Die schönen, bunten Sanella-Sportbilder lassen sich darin einfleben. Es enthält nach unserer Kenntnis etwa 1740 Stichworte in alphabetischer Reihenfolge aus allen Gebieten des Sports, darunter 500 bis 600 biographische Notizen und viele Rekordtabelle — auch mit Ergebnissen der Olympiade. Durch das Einleben der Sammelbilder in die freien Rubriken über den entsprechenden Stichworten schafft jeder selbst ein umfassendes Sport-Nachschlagewerk. Wir sind überzeugt: alle Jungs und Mädels machen begeistert mit.

Millionen Hausfrauen  
köchen MAGGI-Suppen  
weil sie wissen, daß  
sie gut und billig sind



Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine

# Deutschlands meistgekauftes Margarine

Von jetzt ab gibt es zu jedem ½ Pfd. Sanella eins der schönen bunten Sportbilder und zum Einkleben dieser Bilder das „Handbuch des Sports“, ein Nachschlagewerk mit ca. 1740 Stichworten. Sie bekommen es für 70 Pf. in den durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften oder von „Sanella“, Postfach 125, Berlin C 2, gegen Einsendung von 70 Pf. in Briefmarken.

# Entlarvung des „Heimkehrers“!

Der Schneider Ignaz Hummel in der Rolle des Daubmann.  
— Karlsruhe, 18. Oktober.

Die sensationelle Entlarvung des angeblichen Kriegsgefangenwilligen Oskar Daubmann, der Ende Mai in dem kleinen badischen Ort Endingen am Kaiserstuhl plötzlich nach lebensjähriger Abwesenheit wieder auftrat und abenteuerliche Erzählungen über seine Kriegsgefangenschaft und seine Erfahrungen in der Fremdenlegion verbreitete, erregt weit über die Grenzen Badens hinaus großes Aufsehen. Es waren schon von Anfang an Zweifel an der Richtigkeit der Angaben des angeblichen Daubmann aufgetreten, jeßt aber haben, wie in einer Pressekonferenz im Staatsministerium festgestellt wurde, die Berechnungen zu dem unzweckhaften Ergebnis geführt, daß man es mit einem gerissenem Schwindler zu tun hat, und zwar handelt es sich um den Schneider Karl Ignaz Hummel, der am 9. März 1898 in Oberweier bei Basel geboren und in Hofweier bei Offenburg heimberrechtigt ist.

Die verräderischen Fingerabdrücke.

Hummel ist den Strafbehörden bekannt. Er wurde 1928 in Karlsruhe wegen einer Straftat polizeilich vernommen. Die damals gemachten Fingerabdrücke konnten jetzt zu seiner restlosen Überführung dienen. Am letzten Montag hatte man nämlich „Daubmann“ im Endinger Rathaus einem ehemaligen Fremdenlegionär aus Eßen gegenübergestellt, und diese Gegenüberstellung hatte erneut schwer belastende Momente gegen ihn erbracht. Nach dieser Unterredung, die dem „legenden Kriegsgefangenen“ offiziell nicht unangenehm war, hatte die Polizei von ihm Fingerabdrücke hergestellt. Auf Grund dieser Abdrücke wurden im Archiv im Landespolizeiamt die tatsächlichen Personen des Schwindlers festgestellt. Daraufhin wurde der Betrüger in Freiburg überraschend festgehalten, als er sich auf der Fahrt nach Schopfheim befand, wo er einen seiner zahlreichen Vorträge über seine Erfahrungen aus Kriegsgefangenschaft und Fremdenlegion halten wollte.

Als er sich überfahrt sah, begnügte er sich zu einem völ-

ligen Geständnis.

Seine Kenntnisse über Daubmann hat er sich verschafft, als er in den Jahren 1909 und 1910 die Volkschule in Endingen besuchte. In Offenburg hatte er vom 12. September 1930 bis Mai 1932 ein eigenes Geschäft und war dort verheiratet. Als das Geschäft nicht mehr ging, fuhr er mit dem Fahrrad nach Neapel. Dort kam ihm die Idee, den Daubmann

zu spielen und billig wieder heimzufahren. In Afrika ist Hummel niemals gewesen.

Für die Eltern Daubmanns bedeutet die Aufdeckung des Schwindels eine furchtbare Enttäuschung, denn sie hatten ganz sicher geglaubt, Hummel sei ihr Sohn. Auch die Einwohner Endingens, die seinerzeit dem angeblichen „Heimkehrer“ einen triumphalen Empfang bereitet hatten, sind durch die sensationelle Wendung sehr überrascht worden. Die französische Regierung, die von der Reichsregierung um Nachprüfung der Angaben Daubmanns gebeten worden war, hat allerdings die Erzählungen Daubmanns von Anfang an für unwahr erklärt und festgestellt, daß in den Akten kein Fall bekannt sei, der auch nur dem angeblichen Schwindel Daubmanns ähnlich wäre. Auch von der deutschen Organisation ehemaliger Kriegsgefangenen ist erläutert worden, daß Daubmanns Berichte nicht stimmen könnten, da Daubmanns Berichte nicht stimmen könnten. Die Richtigkeit dieser Aussage hat sich jetzt herausgestellt. Unbegreiflich bleibt nur, wie es dem Betrüger gelungen ist, seine nächsten Anerkennungen und seine Eltern zu täuschen. Der falsche Daubmann wird sich jetzt wieder Führung eines faulen Namens zu verantworten haben. Größer als seine juristisch zu ahndende Schuld ist das Verwerthung seiner Tat, daß er es fertiggebracht hat, aus dem Andenken eines deutschen Kriegsfreiwilligen für sich Kapital zu schlagen.

## „Guten Tag, Herr Hummel!“

Wie der Schwindler entlarvt wurde.

Der Leiter der Untersuchungskommission im Falle Daubmann, Regierungsrat Ramsberger, teilte im Verlauf seiner Ausführungen über die Auflösung des Falles Daubmann u. a. noch mit, daß Daubmann bei seiner nochmaligen eingeschrenden Vernehmung, die am Montag begann, nur schwer zu bewegen war, Angaben zu machen. Er verschaltete sich zunächst erneut hinter dem Kapitän des italienischen Dampfers angegebene Ehrenwort und teilte seine 2. b. mit, in der nächsten Woche mit dem ehemaligen Kommandeur seines Regiments nach Italien zu fahren, um sich von dem Schiffspiloten das Ehrenwort zurückzugeben zu lassen. Auf die Bemerkung, daß es doch einfacher wäre, einen eingeschriebenen Brief an den Kapitän zu schicken, statt eine Fahrt ins Blaue zu machen, wußte Daubmann keine Antwort zu geben.

Eine von Daubmann als von einem Baronettisch bezeichnete Nache, wurde bei nochmaliger Untersuchung durch einen Obermedizinalrat als von einer gewöhnlichen Magenoperation stammend festgestellt. Die einwandfreie Überführung des Schwindlers erfolgte schließlich durch das Fingerabdruckverfahren. Als der angebliche Daubmann

am Dienstag wieder in der Polizeidirektion Freiburg erschien, begrüßten ihn die Beamten mit den Worten: „Herr Tag, Herr Hummel!“ Hummel war etwas verblüfft, brachte aber zunächst harmlos weiter. Erst als man ihm auf den Kopf zusagte, daß er sein Spiel verloren habe, zeigte er langsam zum Geständnis bereit. Hummel gibt an, daß er Deutschland zurückzuführen.

Nach seiner Ankunft in Deutschland habe er sich unverzagt davozmachen wollen. Die Einmischung von Zeitungsberichterstattern in Luzern und die selteneren Erzählungen in Deutschland hätten ihm das jedoch unmöglich gemacht. Er habe tatsächlich nicht mehr gewußt, wie er aus der Weltflucht herauskommen sollte. Die Eltern des toten Daubmanns sind am Dienstagabend schonend darauf aufmerksam gemacht worden, daß sie einem groben Schwindel zum Opfer gestellt seien.

Die Ehefrau des Schneiders Karl Ignaz Hummel erzählte, daß Hummel mit ihrem Spartenbuch durchgesessen sei, worauf sie die Scheidungsfrage eingestellt habe. Hummel hätte lediglich gesagt: „Kriminallösungen“ gehabt und sich im Kino Kriminalfilme angesehen. Vor der Heirat sei er sehr nervös gewesen. Eines Morgens habe er erzählt, daß er nach Straßburg gehe, wo ihm eine gute Stellung angeboten werden sei. Durch einen Wandschurken führte ihr Ende Juni Grüße ihres Mannes aus Italien mit der Mitteilung überbracht worden, daß er bald zurückkehren werde.



Der entlarvte „Daubmann“.



**Hand und Kopfarbeiter!**  
Erkennt den Wert der Genossenschaft und werdet Mitglied!

**Eintritt frei!**

Konsumverein Melsungen und Umgegend  
e. G. m. b. H.

**Öffentliche Versammlung**  
des Deutschen Nationalvereins e. V.  
Sonnabend, den 15. Oktober, abends 8 Uhr  
im Saale des „Goldenene Löwen“

Thema: Stellung zu Papier und seinen Maßnahmen.  
Aufgaben des Nationalen Bürgertums.

Nieder Werbeleiter Strübing-Kassel.  
(Außestädter haben keinen Zutritt).  
Eintritt frei!

**Kirmesmarkt.**

Die biesjährige Spangenberger Kirmes, verbunden mit dem seit alterster Zeit bestehenden Kirmesmarkt findet am Mittwoch, den 19. ds. Wts. wie seither statt. Den Einwohnern Spangenbergs und der umliegenden Ortschaften wird Gelegenheit gegeben, ihre Einkäufe bei den Jahrmarktständen und besonders bei den Spangenberger Geschäftleuten für billiges Geld zu tätigen. Neben dem Jahrmarktstreben ist auf dem Marktplatz von 14-16 Uhr Koncert u. auf mehreren Sälen Tanz.

Es wird erwartet, daß sich wieder alle Kreise der Bevölkerung an der Veranstaltung beteiligen. Die alte Site soll erhalten werden. An diesem Tage müssen alle Gegensäye politischer, sozialer und religiöser Art, die der Kirmesmarkt hervorbringt, ruhen. Der Kirmesstag soll im Zeichen der Einigkeit stehen.

Spangenberg, den 13. Okt. 1932.

Der Magistrat, Stein.

## Öffentliche Wahlkundgebung

verbunden mit  
großen Film- und Lichtbild-Vorführungen  
am Sonntag, 16. Oktober, abends 8 Uhr  
im Heinz'schen Saale.

Vortragsfolge:

1. Vorspruch.
  2. Politische Karikaturen.
  3. Warum muß das deutsche Volk noch-mals wählen?
  4. Adolf Hitler in Kassel
  5. Aufruf an das deutsche Volk!
  6. Volk und Führer.
- Ein Film aus dem Leben der NSDAP. im Gau Hessen-Naßau-Brand.
- Uhrzeitbeitrag 50 Pf. Erwerbslose 20 Pf.
- Ergebnis in Massen!
- Ortsgruppe Spangenberg der N. S. D. A. P.

**Kriegerverein** **Spangenberg**

Sonnabend, den 15. Oktober abends 8½ Uhr  
findet im Saale des Herrn Wilhelm Siebert eine Ver-  
sammlung statt, wozu die Mitglieder hiermit eingeladen  
werden.

Togetordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung.
  2. Verleihung des Protokolls der letzten Versammlung.
  3. Verleihung von Kriegervereins-Ehrenkreuzen an 3 Kameraden durch den Kreiskriegerverbandsvorstand, Herrn Oberstaatsrat Dr. Braun Mellingen.
  4. Bericht über die 63. Kriegerverbandstagung in Neu-morschen.
  5. Bericht eines Fechtmeisters zur Betreuung der Krieger Waisenhäuser.
  6. Verschiedenes.
- Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen der Mitglieder wird gebeten.

Der Vorstand.

**Unterrichtsbeginn an der Fortbildungsschule.**

Der Unterricht der Fortbildungsschule beginnt am Dienstag, den 1. November 1932, 14 Uhr (nachmittags 2 Uhr) in der heiligen Stadtkirche.

Spangenberg, den 7. 10. 1932.  
Der Berufs- und Fortbildungsschulvorstand, Stein.

**Lest Euer Heimatblatt.**

## Spangenberger Lichtspiele

Sonntag, den 16. Oktober abends 8½ Uhr

## Jugendtragödie

ein Spiel in 6 Akten.

## Snib und Snob

„Zwei duftende Jungens“

ein Lustspiel in 6 Akten.

T. V. „FROHER MUTH“

SPANGENBERG

Freitag Abend 29 Uhr

## Spielerziehung

beider Mannschaften. Alles im Trainingsanzug erscheinen.

Der Spielführer

Auslegung der Stimmkartei für die Reichs-  
Wahlwahl am 6. November 1932.

Die Stimmkartei liegt in der Zeit vom 16. bis 22. Oktober 1932 im Rathaus, an den Werktagen während der Dienststunden, an den Sonntagen von 11 bis 12 Uhr. Der Stimmkartei ist jedermann einstieg aus. Wer die Stimmkartei für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis zum 23. Oktober 1932 dem Magistrat öffentlich anzeigen oder zu Prototypen stellen. Sonweit die Richtigkeit nicht offensichtlich ist, sind Beweise beizubringen.

Alle Personen, die in die Stimmkartei eingerichtet sind, erhalten bis zum 20. Oktober einen Wahlauflösung. Wer einen solchen Ausweis nicht erhält, ist nicht eingetragen und muß die Eintragung während der Öffnung der Kartei beantragen.

Spangenberg, den 13. Oktober 1932.

Der Bürgermeister  
Stein.

Inserieren bringt Gewinn.